

## Krise und Krisenpolitik in der EU

### Europa soll gesunden – durch mehr Armut überall.

**0. Einstieg:** Verarmung der Volksmassen – das ist das angesagte *Rezept*, das nach dem Beschluss der EU-Politiker dafür sorgen soll, dass in Griechenland, Spanien etc. die Staatshaushalte saniert und die Volkswirtschaften wieder auf Kurs kommen. **Dagegen rührt sich Kritik:** Die Durchführung der EU-Beschlüsse würde die betroffenen Länder erst Recht in die Rezession treiben, das Wachstum gar nicht herbeihelben, das doch so dringend benötigt wird und abhanden gekommen ist.

**Beispielhaft DGB-Flugblatt:** Lohnforderungen im Dienste erneuten Wachstums – das wäre nötig und nicht weitere Kürzungen.

**Lohn also** = Dienst an der Wirtschaft; das hält der DGB für ein gutes, schlagendes Argument, um das Lohninteresse seiner Mitglieder zu befördern.

**Allerdings:** Damit ist *anerkannt*, dass der Lohn die abhängige Größe davon ist, dass ein ganz *anderes* Interesse bedient wird: Wachstum: Die Unternehmen sollen und müssen wieder verdienen, Gewinn machen; mit mehr Lohn wäre doch *auch denen* gedient: Kaufkraft – da hätten dann *alle* etwas davon. Das die Löhne der Beschäftigten in der Unternehmenskalkulation Kosten sind, die den Gewinn beschränken, weiß der DGB zwar auch, aber das vergisst er an dieser Stelle kurz mal, um zu behaupten: Mehr Lohn nützt doch recht betrachtet *auch* der Gegenseite, auf jeden Fall der Wirtschaft als Ganzer (und bekommt von Schäuble sogar Recht...)

**Dagegen:** Auf diese Logik sollte man sich als Lohnbezieher nicht einlassen. Der DGB argumentiert nach der gleichen Logik wie Unternehmen und Politiker. Lohn – der kommt da gar nicht vor als das, was er für die Leute ist – das Geld, von dem sie leben müssen. Das ist gar nicht das *Kriterium*, der *Gesichtspunkt*, unter dem mehr Geld gefordert wird. Vielmehr *als wirtschaftspolitisches Instrument*: Als *Mittel*, damit der *gesamte* kapitalistische Laden wieder funktioniert und aus der Krise kommt. *Darüber* streitet er mit Arbeitgeber und Politik: Wie der Lohn *als* die abhängige Größe von den Geschäftskalkulationen des Kapitals *zugleich* die nützliche Aufgabe erfüllen kann, zur Bewältigung der Krise beizutragen. Sofern er *das* tut, hat er seine Berechtigung; wenn nicht, nicht. **Das ist kein geschickter Umweg**, um dann doch was in die Taschen der Lohnabhängigen zu bekommen; damit ist von vornherein der Lebensunterhalt unter einen ihm gegensätzlichen Maßstab gestellt: Was taugt er, damit die Rechnungen von Kapital und Staat *mit ihm* aufgehen?

**Wie da gerechnet wird – jetzt in der Krise, aber auch sonst immerzu - das soll im Folgenden Thema sein.**

**2. Die Kritik tut so, als wäre die Kürzungs- und Sparpolitik ein purer Missgriff der Regierungen**; so etwas wie ein politischer Fehler, den man zwecks eigentlich nötiger Wachstumsförderung korrigieren müsse. **Das ist ein Irrtum.** Das Sparprogramm, das die EU ihren Mitgliedsstaaten verordnet, das flächendeckende Abräumen von sozialen Leistungen hat seinen Grund und seine Notwendigkeit in dem *politischen Interesse*, das die EU-Regierungen verfolgen. Mit diesen Maßnahmen wollen sie bei den Banken, bei denen also, bei denen die Staaten verschuldet sind, *Vertrauen stiften* bzw. verloren gegangenes Vertrauen wieder erlangen. Sie stellen ihre Haushalte in den Dienst *dieses Anliegens*: Deren Sanierung ist, so bekunden sie, die absolut notwendige *Voraussetzung* dafür, dass kapitalistische Geschäftsleute überhaupt wieder auf ihren Standorten investieren. Darum geht es schließlich!

**Dieses politische Projekt**, mit den Instrumenten der Finanz- und Wirtschaftspolitik bei dem FK Vertrauen zu stiften, verdankt sich – das will ich zeigen – keiner bloß subjektive Stellung der herrschenden Politik; das ist keine „politische Strategie“, zu der sie sich entscheiden könnte oder auch nicht.

Ja, es stimmt schon: Die *Politiker* der verschiedenen EU-Staaten streiten sich in Zuge dessen *auch* darum, welche *Kombination* von Sparen und Wachstumsförderung am besten geeignet wäre, die Krise zu überwinden. **In diese Debatte sollte man sich als Betroffener aber nicht einklinken wollen** nach dem Motto: Die politischen Parteigänger von mehr Wachstumsförderung hätten für die Nöte der Lohnabhängigen mehr übrig, bei denen hätte man es besser getroffen.

**Im Ausgangspunkt**, in der Frage, was die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu leisten hat, damit wieder Wachstum herkommt, sind sich beide Seiten nämlich total einig; und in den Rechnungen beider Seiten kommt der Lebensunterhalt der Massen nicht gut weg. **In beiden Fällen** heißt der Anspruch und die

Anforderung, die die Politik an den Lebensunterhalt der Massen stellt: Dessen Höhe, dessen Bestandteile, die Bedingungen seiner Zahlung sollen politisch so gestaltet werden, dass damit die Staatshaushalte saniert werden *und darüber* gesundes Wachstum wieder ermöglicht wird. Und damit steht fest, was der Maßstab dafür ist, was die Leute in diesem System zu leben haben und was sie dafür zu leisten haben. **An Höhe und Bezugsbedingungen ihres Unterhalts hängt es, dass das kap. Wirtschaften wieder in Gang kommt.**

**Das sollte man als Befund und Praxis also mal ernst nehmen.** Klar, man kann gleich sagen: Wie soll das denn gehen? Ausgerechnet an der *abhängigen Variable* allen kap. Wirtschaftens soll es hängen, dass das klappt? Ausgerechnet von denen, die eingeständenermaßen in dieser Wirtschaft am allerwenigsten zu entscheiden haben, soll das abhängen? Das ist doch absurd! Das Finanzkapital geht kaputt – und die Regierungen gehen auf den Unterhalt der Massen los. Die Frage ist berechtigt: Wie soll *der deren Absturz* denn heilen?

*Dass* das absurd ist – dafür haben die Gewerkschaften durchaus ein Gespür. Allerdings nur so, dass sie sagen: Das kann doch nicht klappen! Dagegen: Das sollte man sich als Arbeitnehmer gar nicht wünschen, dass das klappt!

**Diese Absurdität, das will ich heute zeigen, hat ihre Notwendigkeit** – in den Zwecken und Gesichtspunkten, unter denen im Kapitalismus gewirtschaftet wird. Notwendigkeit nicht in dem Sinne: „Geht nicht anders“. Sondern notwendig wegen dem, was hierzulande als Zweck allen Arbeitens und Lebens eingerichtet ist, wofür überhaupt produziert und gearbeitet wird.

Bevor man gleich die Frage stellt, ob das überhaupt *geht*, ist also zu klären: **Worin liegt die Notwendigkeit dieser Krisenpolitik?**

Warum richtet sich die Unzufriedenheit der EU-Politiker so gnadenlos und konsequent auf den Zustand ihrer Arbeitsmärkte und ihrer Sozialsysteme – obwohl deren Verfassung ja nun wirklich nicht der Grund der Krise ist? Was wird der Arbeit und dem Lohn da abverlangt – was haben sie für wen zu leisten?

3 Kapitel:

1. Ausgangspunkt: Staatsschuldenkrise – was ist das, was passiert da?
2. Der Staatshaushalt als Instrument der Krisenbewältigung: Der Staat spart – was macht er da?
3. Lehren für hierzulande

### **I. Der Ausgangspunkt des Ganzen: Staatsschuldenkrise**

EU-Staaten bekommen vom Finanzkapital keinen Kredit mehr; es zeigt sich, dass der Staat vom Finanzkapital lebt, die Bewirtschaftung seines Standorts **dauerhaft auf Kredit gestellt ist.**

**Dauerhaft** – das heißt: Schulden machen ist für den Staat nicht etwas, was er mal tut oder mal nicht, um damit gelegentlich Löcher zu stopfen. Kredit ist als dauerhaftes Mittel der Finanzierung der Staatstätigkeit fest eingeplant und eingebaut. Weil *das* so ist, kommt es überhaupt dazu, dass die Verweigerung der Fortsetzung der Kreditierung durch die Banken so eine flächendeckende ökonomische Katastrophe verursache. Banken entscheiden da, wie sie immer entscheiden, wenn sie die Fortsetzung von Krediten verweigern: Sie vollstrecken das Urteil: Dieser Schuldner lohnt sich nicht mehr für das FK. In diesem Falle heißt das Urteil: **Dieser Staat lohnt sich nicht mehr für das Finanzkapital.** Das ist offenbar das Kriterium, an dem sich entscheidet, ob Staaten über die nötigen Mittel für ihre Tätigkeit und ihren Betrieb verfügen, oder nicht: Nicht nur Firmen, ganze politische Gemeinwesen mit allem, was an Leben der Gesellschaft daran hängt, müssen insgesamt für die Kreditgeber wie ein Kapitalinvestment, als permanente Quelle ihrer Bereicherung, als Zinsquelle funktionieren. **Dann ist auch das Geld da, um die nötigen Staatsfunktionen auszuüben.** *Diesem* Kriterium unterwirft sich der Staat, wenn er sich verschuldet. Und das ist kein Missgriff und keine falsche Politik; das liegt daran, wozu er dieses Geld benötigt, was er damit für Aufgaben zu erfüllen hat.

**Also: Was ist da los, warum ist das so?**

**1. Dafür hat er gute Gründe:** Das FK verschafft ihm nämlich die Freiheit zur Bewirtschaftung seines Standorts: D.h.: Sich um alles zu kümmern, was der Kapitalismus, den er regiert, benötigt, um überhaupt zu funktionieren und auf wachsender Stufenleiter Gelderträge zu produzieren. Von wegen: Die Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt! Vom Rechtssystem über die soziale Betreuung der Massen, Schulen, Straßenbau,

Energieerzeugung etc. bis hin zu Panzern ist die Staatsgewalt damit befasst, ihren Laden flächendeckend am Laufen zu halten. So beherrscht und beaufsichtigt er seine Gesellschaft nach innen und außen; dafür braucht er viel Gewalt und viel Geld. Die *Mittel* dafür bezieht er aus seiner Gesellschaft in Form hoheitlich einkassierter Steuern. Das ist erstens eine *Daueraufgabe*: Mit seinem Wachstum produziert das Kapital nämlich ebenso auf wachsender Stufenleiter dauernd Störungen und Schäden, die bewältigt sein wollen. Deshalb will und kann sich der Staat für seine Betreuung nicht auf die Mittel beschränken, die ihm seine geldprod. Gesellschaft gerade hergibt; um *Wachstum* zu betreuen, macht er sich mit Hilfe von Kredit unabhängig von den Erträgen, die seine Gesellschaft gerade an Steuern hergibt.

Indem er sich verschuldet, leistet er sich einen *Vorgriff* auf zukünftige Erträge des Wachstums,

**2. Als politische Hoheit über eine kapitalistische Ökonomie, die zum Wachstum bestimmt ist,** kommt der Staat für Banken als Schuldner in Frage - und da gilt er ihnen sogar als ein besonders guter, da die Zahlungsfähigkeit der politischen Gewalt nicht direkt vom schwankenden Konkurrenzserfolg der Wirtschaft und erst recht nicht von dem eines bestimmten Konkurrenzsubjekts abhängt, sondern sie der Gesellschaft die - z.B. für den Zinsdienst - benötigten Geldmittel hoheitlich abnehmen kann; in der von ihr regierten Gesellschaft also immer am längsten von allen Schuldnern zahlen kann.

Besonders guter Schuldner - das ist dann aber auch das Kriterium, das an seine Politik angelegt wird.

**3. Die Zins- und Tilgungsverpflichtungen sind der Preis,** den der Staat für die freie Verfügung über zusätzliche Geldmittel zahlt. Das ändert nichts daran, dass seine Ausgaben, vom Standpunkt der kapitalistischen Geldvermehrung aus betrachtet *Konsumausgaben* sind: Da vermehrt sich nichts in dem Sinne. Nur mit einem Teil seiner Ausgaben stellt er im engeren Sinn Bedingungen für Geschäfte her, die privaten Kapitalisten für ihre Investitionen nutzen oder eben nicht, und mit denen sie, wenn sie investieren, Erfolg haben oder nicht. Die staatlichen Einkünfte sind keine direkten Wirkungen seiner Ausgaben; die hängen vom Konkurrenzserfolg, vom Wachstum der nationalen Geschäftswelt ab. Den will der Staat ermöglichen und fördern, aber eben nicht selbst herstellen.

**Eben deshalb sieht der Staat auf die Wachstumswirkung seiner Ausgaben beim Kapital:** Seine sämtlichen Haushaltsposten unterwirft er dem Kriterium, was sie zum Wachstum beitragen und damit zur Fähigkeit des Staates, *dauerhaft* seine Schulden zu bedienen, ein *guter Schuldner* zu sein. Dafür richtet ein Staat dann auch seine Gesellschaft als Profitmaschine ein, die ihm Jahr für Jahr wachsende Steuererträge einspielt, mit denen er Zinsen bedient und seine *Kreditwürdigkeit* gegenüber den Banken beweist.

**KW heißt:** Die Bedienung der Staatsschuld taugt als Hebel weiterer Verschuldung; die einlaufenden Steuerzahlungen erlauben dem Staat mehr Freiheit zum Zugriff auf Kredit, versorgen ihn mit mehr Mitteln, seinen Haushalt auszuweiten und immer noch mehr für die bessere Bewirtschaftung seines Landes zu tun.

**4. So wird das Interesse des Staates an Wachstum für die Gestaltung seines Haushalts zur Sachnotwendigkeit.** Und so kommen **Löhne und Sozialausgaben**, also der Lebensunterhalt der Massen bei der staatlichen Bewirtschaftung immer schon vor: **Nicht erst in der Krise.** Das nationale Lohnniveau, die Zahl der Arbeitstage, die Höhe der Sozialleistungen, die Produktivität der Arbeit, die Zahl der Arbeitslosen, nicht zuletzt der sog. „soziale Frieden“ (...) alle das sind *Wirtschaftsfaktoren*, die überlässt der Staat überhaupt nicht den Tarifparteien, sondern mischt sich da immerzu ein, verbal und praktisch. Als Größen, die funktional und nützlich zu sein haben dafür, dass die Wirtschaft insgesamt wächst und die Kreditaufnahme des Staates rechtfertigt.

**In diesem Rechtfertigungsverhältnis teilt der Lebensunterhalt der arbeitenden Massen immer schon zur nationalen Wirtschaft.** (Merkel: Warum steht Dt. mit seiner Verschuldung in der Krise so top da? Weil die dt. Lohnempfänger so bescheiden und fleißig sind! Das ist kein bloßer Zynismus, sondern das wirkliche Verhältnis! Gesamtgeldertrag der Wirtschaft, der aus den Leuten rausgeholt wird, beweist dem FK, dass diese Nation solide wirtschaftet!!)

**Dafür, um die Gesellschaft für den Staat zur Profitmaschine auszubauen, nimmt und bekommt der Staat Kredit bei Banken und Investoren.** So ist sein Haushalt dauerhaft auf Kredit gestellt; wenn und solange das klappt, unbegrenzt: Die meisten Schulden haben deshalb die reichsten Staaten, die mit dem höchsten Steueraufkommen.

**Und wenn das FK ihm das nicht mehr zutraut, dann bekommt er ihn eben nicht mehr.** Dann waren vom Standpunkt der Investoren - und deren Standpunkt zählt, denn sie machen ihn praktisch wahr - **die**

**Staatstätigkeiten und Ausgaben unnütze Verschwendung;** der Staat ist *zu teuer* für das, was er aus seiner Gesellschaft an Geld herauszuholen versteht.

Die Stellung, die das FK da zu einer politischen Hoheit einnimmt, ist dieselbe wie zu jedem anderen Gläubiger: Wenn die ihm nicht mehr zutrauen, auch künftig verlässlich mit seinen Geldquellen für seine Schulden einzustehen – dann ist der ganze Laden, den er betreibt, von ihrem Standpunkt aus beurteilt überflüssig. (Kapital: Firma wird dicht gemacht, Leute entlassen). **Beim Staat:** Alles, was er so treibt, steht nicht mehr für lohnende Geldanlage, ist also überflüssig, nutzlos. Dass Bahnen und Fähren fahren, Brücken halten, Schulen und Krankenhäuser betrieben, Renten bezahlt werden etc. - alles das ist überflüssig, wenn es sich für diejenigen, die Geld in den Staatshaushalt investieren, nicht lohnt. So bekommt die ganze Gesellschaft mitgeteilt, was die Bedingungen der Normalität sind, zu der sie sich zurücksehnt: Und was, wenn es schon die absolute Vorbedingung des Lebens der Gesellschaft – dann wohl auch ihr Zweck ist.

**5. Wenn ein Staat bankrott geht:** Dann ist für dessen Insassen **radikale Verelendung**, *absolute* Armut angesagt.

**Staat regiert mit Kredit: Also ohne Kredit ökonomisch machtlos:**

**Da zeigt sich negativ**, wie der Staat mit seinem Haushalt in jede Abteilung des sozialen Lebens, in jede Rechnung seiner Bürger eingemischt ist. An seinen Aktivitäten – also an dem Geld, das er dafür benötigt – hängt tatsächlich der gesamte ökonomische und soziale Zusammenhang der Gesellschaft. Wenn der Staat etwa in Gr. Fährdienste einstellt oder immens teuer macht, weil er für sie kein Geld mehr hat, dann kommen Leute nicht mehr zur Arbeit, etc. pp. Das ist das eine. Das andere: **Als pure Ausgaben** geben die Staatsausgaben privaten Geschäftsleuten etwas zu verdienen, veranlassen sie, Arbeitskräfte einzustellen und in deren Hand Einkommen zu erzeugen, mit denen die wieder Mieten, Metzger und Bäcker bezahlen. Die ganze Kette bricht rückwärts zusammen, wenn der Staat seine ökonomischen Aktivitäten reduziert. **Und das gilt umso mehr, je mehr im Land das elementare Funktionieren des sozialen und ökonomischen Lebens an den Staatsausgaben hängt. (Fr: Staatsbedienstete Wasserkopf. Und was ist, wenn er sie entlässt??)**

„Wachstum auf Pump“ ist eben kein Abweg, sondern die Normalität kapitalistischer Staatswirtschaft. Mit seinen Schulden finanziert der Staat stets Bedingungen der Produktivität des nationalen Kapitalismus, die er ausnutzen und durch sein Wachstum nachträglich rechtfertigen muss. Und auch und gerade dann, wenn das Ergebnis *nicht* zustande kommt; wenn sich nachträglich herausstellt, dass die Wirtschaft nicht genug wächst, nicht genug Einkommen und Steueraufkommen generiert, um die staatlichen Schulden zu tragen und den Staatshaushalt zur guten Investition für Finanzkapitalisten zu machen, auch dann sind die Staatsausgaben unverzichtbar für die Reproduktion der Wirtschaft auf einem gegebenen Niveau.

**Wenn die entfallen, ist Krise in ihrer radikalsten Ausprägung:** Alles wäre, wie vor dem Bankrott des Staates für den Arbeits- und Lebensprozess der Gesellschaft **vorhanden**; und all der vorhandenen Mittel lässt man verkommen, legt man brach, schließt sie oder fährt sie zurück, wenn sich ihre Anwendung für den Staat und darüber für die Investoren in seine Schulden nicht lohnt.

Frühere Gesellschaften haben gehungert, weil sie die Lebensmittel z.B. wg. mangelnder Produktivität der Arbeit, Missernten etc. nicht hergebracht haben. Heute gibt in Griechenland z.B. viel zu viele Straßen, Krankenhäuser, Schulen – nicht weil die sachlichen Mittel, sie zu betreiben, nicht da wären, sondern wegen entfallenen Kredits.

**5. Die Staatsgewalt allerdings bleibt sich auch in dieser Lage treu** – nämlich Sachwalter einer *kapitalistischen* Standortes. *Der* stellt sich dann nämlich auf den Standpunkt: **Ich kann mir die Betreuung meines Standorts nicht mehr leisten; also findet sie auch nicht mehr statt.** Reicht seine Pleite an seine Gesellschaft weiter. **Dann gilt nicht mehr:** Funktionale Herstellung und Betreuung der Armut als Mittel für Kapitalwachstum; vielmehr die rein negative Stellung zum Staatsvolk: **Überflüssiges Volk:** Einerseits bloß noch Kost, soweit es noch Einkommen hat, radikal *Quelle* für Bedienung der Staatsschuld (Mehrwertsteuer, Benzinpreise...).

**D.h.: Es bleibt gar nicht dabei, dass das Kapital sich in der Krise an seinen Beschäftigten schadlos hält, deren Unterhalt streicht oder absenkt. Vielmehr: Armut als staatlich durchgesetzte Verelendung.**

**Diese Art Staatsbankrott wird aktuell in der EU geregelt abgewickelt:** Die Partnerstaaten garantieren auf verschiedene Weise für die Schulden des Staates, der keinen Kredit mehr genießt, zwingen die Gläubiger zu einem partiellen Verzicht auf Ansprüche und den zahlungsunfähigen Schuldner zu dem, was für ihn ohnehin das Erfordernis seines Weitermachens und schon gleich jedes denkbaren neuen Aufschwungs ist: **Er muss**

### sein Verhältnis zum Finanzkapital wieder in Ordnung bringen.

Denn nur so kommt er ja überhaupt wieder an die Mittel, mit der er seinen Standort für Wachstum herrichten kann.

**Also: Ohne Geld, um wieder Wachstum mit dem Haushalt überhaupt fördern zu können, die FK mit der Bewirtschaftung der Staatshaushalte davon überzeugen, dass Griechenland, Spanien et al. wieder kreditwürdig sind? Das ist das Wahnsinnsprojekt, das derzeit in den Südländern durchgezogen wird – und für das die Massen mit ihrem Lebensunterhalt einstehen müssen.**

## II. Der Staat spart - für die Wiedergewinnung des Vertrauens der Finanzmärkte in die Kapitalqualität seiner Schulden

In der EU steht fest, was dafür als erstes zu tun ist: Die Staaten, die mehr Schulden gemacht haben, als sie bedienen können, und überschuldet sind, müssen ihre Schulden reduzieren, also *sparen*. Und dadurch den Finanzmärkten demonstrieren, wie ernst sie deren Recht auf zuverlässige Bereicherung durch Zinsen nehmen. Auch und gerade wenn die Schuldner selbst politische Hoheiten sind, stellen sie sich nicht über dieses Privatinteresse. Sie demonstrieren, wie entschlossen sie sind, ihre ganze Gesellschaft dem Imperativ staatlichen Sparens zu unterwerfen.

### 1. Was tut der Staat, wenn er spart?

**Er tut etwas dafür, dass seine Einnahmen seine Ausgaben wieder rechtfertigen;** im genannten Sinne: Er tritt mit seinem Geld-Einnehmen wie mit dem Ausgeben den Beweis an, dass er wirklich *nur* dafür sorgen will, dass die Ansprüche des Finanzkapitals bedient werden. Die sollen ihm ja wieder Kredit geben: Also will und muss er beweisen, dass er ihn auch wieder verdient.

**Da hilft es nichts zu sagen: Genau das hat der Staat doch vorher auch schon gemacht:** Seine Haushaltspolitik dem Zweck Wachstumsförderung gewidmet. Das hat ja nicht geklappt; und dieser Umstand: Dass das Wachstum, das private Geldverdienen sich *nicht eingestellt hat*, wird der staatlichen Hpol. zur Last gelegt und legt er sich selbst zur Last.

Nach der Maßgabe **organisiert er seinen Haushalt um;** und zwar nach beiden Seiten: Noch radikaler als vorher sollen Ausgaben wie Einnahmen dem Kriterium folgen, *nur* Dienst am Kredit zu sein und sonst nichts. Deshalb ist streng genommen „Sparen“ für das, was Staaten da machen, kein richtiges Wort; wenn man sich nämlich darunter vorstellt, dass der Staat *einfach weniger ausgibt*. Unter „Sparen“ fällt ja auch, dass er sich bei seinen Bürgern *mehr holt*, also *die* zum Sparen zwingt, damit *er* seinen Aufgaben weiter nachkommen kann. Der Blick, den die Staatsgewalt beim „Sparen“ auf seine Gesellschaft wirft, geht anders: **Wie bekomme ich durch meine Ausgaben- und Einnahmenpolitik hin, dass *mich* mein Laden weniger kostet und *der* trotzdem das Gleiche *für mich* leistet? Nämlich Einkünfte zu generieren, die meine Kreditwürdigkeit beweisen?**

**Dieses Projekt ist im Ausgangspunkt ein absurder Widerspruch:** Der wird durch als aktuelle Debatte „mehr Sparen oder mehr für's Wachstum tun“ völlig erschlagen.

**Der Ausgangspunkt ist ja, dass dem Staat der Kredit *entzogen ist oder entzogen zu werden droht*;** ihm werden die Mittel, etwas für die *Quellen* des Wachstums zu tun, ja gerade von seinen Geldgebern *bestritten*. Die Notwendigkeit, mit den Staatseinnahmen die *bereits aufgelaufenen* Kredite zu bedienen, um das FK bei Laune zu halten, steht dem *gleichzeitig* verlangten Beweis: In diesem Land gibt es für Kapitalisten was zu verdienen, dieses Land hat Wachstumsquellen, also kreditieren wir es wieder – *objektiv* im Weg.

*Beides* soll der bankrotte oder fast bankrotte Staat aber herbringen. Deshalb gibt es überhaupt bloß den Streit – Mehr Sparen oder mehr Wachstumsförderung. Denn:

Staaten, politische Gewalten lassen sich – das kann man gegenwärtig studieren – von diesem Widerspruch aber nicht irre machen. Die Gewalt über ihren Standort haben sie ja nach wie vor. Also tragen sie ihn **mit aller Macht an ihren nationalen Ressourcen aus.**

**Und so kommt die nationale Arbeiterklasse und deren Lebensunterhalt *neu* in den Blick der politischen Gewalt: Als *Hebel* zur Schuldenbedienung und *gleichzeitig* als Mittel, die Neuanlage von Kapital im Lande wieder herbeizuregieren.**

### 2. Wie geht das?

**Staaten unterscheiden immer**, aber besonders in der Krise bei Einnahmen wie Ausgaben darauf, *wem*, d.h. *welcher Sorte* Steuerzahler bzw. Empfänger staatlicher Leistung er was wegimmt, wem er was zukommen lässt; und bei wem er da eher vorsichtig zu Werk geht.

**Die marktwirtschaftliche Demokratie will ja immer keine Klassengesellschaft mehr sein**; die Staatsgewalt kennt allerdings bei ihrer Steuer- und Sozialpolitik ganz genau den Unterschied zwischen den Klassen: Nämlich seinen lohnabhängigen Bürgern auf der einen Seite und denen, deren Geld als Investition, als *Kapitalvorschuss* zur Anwendung kommt, also dafür Wachstum sorgt. Der Staat unterscheidet beim Abkassieren wie bei der Zuteilung seiner Leistungen nach die **Funktion**, die beide Klassen für seine Wirtschaft erfüllen. Und da steht vor allen Abwägungen im Einzelnen fest:

- **Die einen – das sind „die Wirtschaft“.** Die Subjekte, die mit ihren Investitionsentscheidungen und ihrer Gldanlage über das ökonomische Schicksal der Nation maßgeblich entscheiden. Deren Geschäft will man fördern. Die müssen und sollen dann auch ihren Beitrag zur *Finanzierung* des Haushalts leisten; aber der ist immerzu abzuwägen gegen die *andere Leistung* ihres Geldvermögens, *als Kapitalvorschuss* mehr Geld zu bringen. Nach der *Ausgabenseite*: Die muss man andererseits auch immer mal wieder mit Subventionen unterstützen, damit sie ihren Dienst am Wachstum auch für sich gewinnbringend gestalten können.
- **Die anderen: Die sind in jeder Hinsicht die abhängige Variable dieser Berechnung.** Die dienen mit ihrer Arbeit und ihrem Lohn dem Wachstum der Wirtschaft. In dieser Eigenschaft werden sie vom Staat betreut. Und da ist noch jedem Politik der Gesichtspunkt geläufig – ob man denen nicht noch ein wenig mehr *abnehmen* kann und sie *trotzdem* mit ihrem Lohn irgendwie zurecht kommen; und ob das, was er da an Betreuung zu leisten hat, nicht auch mit weniger Geld geht. Und: Ob man an den *Leistungen*, die der Haushalt für sie erbringt, nicht noch was kürzen kann. **Denn:** Da hängt die Funktionsfähigkeit der Klasse fürs Wachstum eben zu großen Teilen am Willen der Leute zum Zurechtkommen. Und der, so der staatliche Standpunkt, stellt sich durch den Zwang, Geld verdienen zu müssen, ohnehin ziemlich verlässlich ein. Zu dem werden sie durch die Berechnungen des Kapitals, die Aternativlosigkeit des Arbeitsplatz-Habenmüssens ohnehin erpresst. **Dauertest der staatlichen Haushaltspolitik auf: Was halten die Leute als Steuerzahler und Leistungsempfänger aus, ohne als Wirtschaftsfaktor in Mitleidenschaft gezogen zu werden?**

**An der Stelle merkt man übrigens nochmal die Trostlosigkeit des Kaufkraftarguments:** Lohn kauft doch auch was. Dient doch *auch so* dem Gewinn derer, die mit deren Verkauf ihr Eigentum mehren. Alles abgehakt, was der Lohn als Kost zu leisten hat, und dann... **Allemaal von der Gegenseite zu kontern mit:** Da muss es die Arbeitsplätze erstmal geben, auf denen die verdient werden kann, ohne die Gewinnkalkulation des Kapitals zu durchkreuzen!

**Wie praktiziert der Staat jetzt, in der Krise, diesen Standpunkt? Wie kommen die Klassen bei seiner Haushaltssanierung vor?**

**Erstens:** Er besichtigt sie neu *als Lieferant von Einnahmen*

**Zweitens:** Er besichtigt sie *als Empfänger von Leistungen* – also *als Kost*, die die Betreuung des Standorts ihm bereitet.

**Nicht vergessen:** Diesen *Kosten ist insgesamt ja schon vom FK bescheinigt: Was für die bezahlt wird, ist rausgeschmissenes Geld. Also den Leistungen, bescheinigt: die sind überflüssig. Zugleich: Damit überhaupt auf den Standort kap. gewirtschaftet werden kann, sind vom Staat herzustellende Bedingungen auch vom Standpunkt der Kapitaleigner unbedingt notwendig.* Das ist, objektiv **betrachtet, die systemische Unverschämtheit des Standpunkts der Kapiteigner:** Damit *sie* eine Anlage für lohnend befinden, muss der Staat erst einmal in Vorleistung gehen; das darf sie nichts kosten und muss für sie taugen. (Dazu auch: Arbeitskraft: Dass die auch leben muss, wenn sie nicht beschäftigt ist, die Kosten dafür lädt das Kapital ganz selbstverständlich auf das Gemeinwesen ab. Und beschwer sich dann, wenn sich diese Kosten für sie nicht lohnen, überzu hohe „Lohnnebenkosten“. Für die Leute ist da gar nichts „neben“!)

**Den Staat muss man da nicht bedauern: Der will ja diese PW als Grundlage ud Mittel seiner Einkünfte und seiner Macht!**

**3. Deshalb: In der Krise radikalisiert der Staat seinen Standpunkt: Was kosten mich die verschiedenen**

## **Klassen, und was tragen sie bei zur Schuldenbedienung und zum Wieder-Ingangkommen der Wirtschaft?**

**Unter diesem Gesichtspunkt zieht der Staat Bilanz über die Leistungen seines kapitalistischen Ladens für ihn:**

- „Schattenwirtschaft“
- „Besserverdienende“ zahlen zu wenig Steuern
- Viel zu viele Leute leben von staatlich garantierten oder alimentierten Einkommensquellen
- Staat ist ein Wasserkopf (Bürokratie)
- Sozialausgaben sind ausgeföhrt (frühe Verrentung, viel zu langes Kassieren von Arbeitslosengeld, Staat alimentiert unnütze Fresser...)

**Also:** Sch: In ganzen Abteilungen seines Wirtschaftslebens wird Geld verdient, ohne dass der Staat daran teilhat

„Steuerhinterziehung bzw. Flucht: Die „Reichen“ verwenden ihr Geld nicht für staatsnützliche Investitionen, sondern bloß für sich, für übermäßigen Konsum

Wasserkopf: Viel zu viele Löhne und Gehälter sind *bloße Kost* und nicht Mittel für kap. Wachstum

Die staatlichen Sozialausgaben sind nicht helfendes Mittel für Kapitalwachstum, sondern zunehmend Ersatz für Einkommen aus produktiver Verwendung der Leute durch das Kapital.

**Quintessenz dieser Bilanz: Nach seinen Quellen und seiner Verwendung dient das in der Gesellschaft verdiente Geld *bloß* den privaten Einkommensbeziehern und *nicht* dem Staat.**

**1. Dass das so ist, rechnet der Staat *sich* als Versäumnis an, als Unterlassungstat, die nun korrigiert werden muss.** Grund für diesen Zustand: *Staat* hat an seinen Quellen den Standpunkt, fürs Wachstum dazusein, nicht ausreichend durchgesetzt.

**Diesen, *gleichen Standpunkt* an die „Besserverdienenden“ angelegt kommt allerdings ganz etwas anderes heraus als bei der Lohnarbeit:**

- „Besserverdienende“: Werden neu zur Steuerpflicht herangezogen nach Maßgabe dessen, *wofür* sie ihr Geld verwenden; *Bloß* große Häuser, oder Anlage als Kapital? Beim Kassieren verständnisvolle Berücksichtigung der Doppelfunktion von deren Vermögen; Amnestie für Steuersünder, etc.
- **Lohnarbeit: Da „beschränkt“ sich der Staat gar nicht auf Maßnahmen, die seinen Haushalt unmittelbar betreffen;** also Einnahmen erhöhen und Ausgaben senken: Mehrwertsteuer, Benzinststeuer, durch Rentenstreichungen, massenhafte Entlassung von Staatsbediensteten etc.  
**Sondern: Er geht auf den Lohn als Preis der Arbeit, also als Kost fürs Kapital los:**

In Griechenland: Tarifverträge werden per staatlichem Beschluss außer Kraft gesetzt; der Mindestlohn, an dem alle anderen Löhne hängen, wird radikal gesenkt, das Arbeitslosengeld gekürzt, damit die Unbeschäftigten jede Arbeit zu jeder Bedingung annehmen müssen. Schutzmaßnahmen für den Zutritt zu bestimmten Gewerben werden aufgehoben. Spanien; Kündigungsschutz abschaffen ( besonders in Spanien mit Blick auf 50% Jugendarbeitslosigkeit an der natürlich nicht das Kapital schuld ist, sondern die Alten die geschützt auf den Plätzen hocken.)

**Also: Der Staat benutzt seine Hoheit über den Lohn nicht nur, um seinen Haushalt zu sanieren, sondern zugleich, um den Zugriff des Kapitals auf die Arbeit lohnender zu machen.**

**Bevor ich darauf eingehe, will ich noch ein paar Überlegungen einflechten zu der *Diagnose*, von der her der Staat diese Maßnahmen ergreift. Die besagt ja: Gr., Sp etc. hätten in ihren Gesellschaften eine *unproduktive Verschwendung* von Geld Platz greifen lassen, *statt* alle nationalen Ressourcen *bedingungslos* für das Wachstum privater Gelderträge herzurichten; *deswegen* taugt sie auch zu wenig als *Geldquelle für Staatseinnahmen*.**

**Zwei Punkte: 1. Sachlich ist das Quatsch**

**2. Der Diagnose ist aber schon zu entnehmen, worum es geht.**

**Im Verhältnis zu was haben die Staaten denn da etwas angeblich versäumt?**

Im Verhältnis zu dem, was sie mit dem Beitritt zum Euro erreichen wollten: Erfolgreicher Kapitalstandort werden. Das ist ja auch der Inhalt ihrer Bilanz: *Ihrer* bisherigen Bemühungen, sich in der EU zum erfolgreichen Kapitalstandort zu mausern. **D.h.: Bilanz von 10 Jahren Konkurrenz um Wachstum in der EU.**

**In diese Konkurrenz sind diese Staaten eingetreten mit den Ressourcen, die sie hatten: eine eher bescheidene Kapitalmacht; viel kleine Industrie und Landwirtschaft; und Völker die in weiten Teilen noch gar nicht zur Arbeiterklasse fürs Kapital hergerichtet waren.**

Auf diese „Standortfaktoren“ sind sie losgegangen und haben sie mit Hilfe von Euro-Kredit zur Quelle von Kapital hergerichtet. Haben ihre Quellen dem *Vergleich* mit denen der wirtschaftsmächtigen EU-Staaten Dt. und Fr *ausgesetzt* und *neu organisiert*. Haben ganze Abteilungen der nationalen Wirtschaft platt gemacht, neue geschaffen, Staatsfirmen privatisiert etc. pp. Und – man stelle sich vor: Die negativen Wirkungen auf den Lebensunterhalt ihres Völker mit einkalkuliert und in Rechnung gestellt – z.T. auch erst dann und deshalb, weil sie mit entsprechenden Abwehrkämpfen der Gewerkschaften konfrontiert waren, die im Boot haben wollten bei der Umstellung.

**So:** Dann verliert also nun z.B. italienischer Eisenbahner wg. Privatisierung seinen lebenslangen Job und geht „dafür“ mit 45 in Rente. Na toll: Der Staat setzt ihn nicht *gleich* auf Sozialhilfe oder überantwortet ihn der Familie, sondern wird ihn auf diese Weise los. Die Unterwerfung der spanischen Industriearbeiter unter ganz neue Leistungsstandards sichert der Staat mit einem halbwegs verlässlichen Kündigungsschutz ab. Der griechische Staat garantiert Kleingewerbetreibenden in bestimmten Branchen ein Stück weit ihr Einkommen, setzt sie also nicht gleich der Konkurrenz kreditbewehrter Konkurrenten aus... Etc. pp.

**Das sind alles Fälle davon, dass eine politische Gewalt angesichts des ökonomischen Umsturzes, der sie Land und Leute aussetzt, den Gesichtspunkt kennt und beherzigt, dass dadurch wirklich oder potentiell überflüssig gemachten Massen nicht *gleich* als taugliche Quelle für Wachstum ruiniert werden; also auch: Nicht unmittelbar als Instrument des Kapitals zum Lohndrücken in Anschlag kommen.** Haben also gar nichts *unterlassen* bei der Pflege einer funktionalen Arbeiterklasse: Mit den örtlichen Mitteln in die Konkurrenz eingestiegen, die sie eben hatten. Dafür Kredit aufgenommen.

Ist ja auch gar nicht so, dass das Kapital die neue Geschäftssphäre nicht genützt hätte, ganz im Gegenteil: Absatzmarkt (Griechenland); Anlage und Aufkauf (VW - Seat...).

Die Staaten haben also gar keine unnützen, überflüssigen Ausgaben getätigt. Hat bloß alles nicht gereicht; d.h. vor allem auswärtiges Kapital gestärkt, Wachstum woanders befördert. Am Ende: **Zuviel Schulden für das Ergebnis.**

Definieren nun ihre Anstrengungen, die Leute im Lande für das *Kapital* zurechtzumachen und damit für den *Staat* als ökonomische Ressource wirken zu lassen, als eine einzige Schranke für deren Benutzung!

**Beziehen sich auf die Maßnahmen von gestern und sagen: Diese Maßnahmen waren lauter Hindernisse für erfolgreiches Geschäft mit der Arbeit!**

**Warum:** Weil sie allen Ernstes noch den Gesichtspunkt des *Lebensunterhalts* am Lohn haben gelten lassen; das, was Marx das „historisch-moralische Element“ nennt. Lohn ist noch nicht ausreichend von seiner Funktion als Lebensunterhalt *getrennt*, noch nicht genug dem Standpunkt der Kapitalrentabilität unterworfen.

*Das* wird jetzt zum großen Fehler und zur Wachstumsbremse erklärt!

**Was lernen wir daraus:**

Macht klar, welchen Maßstab der *Lohn* hat: Hat sich durch Dienst am Kapitalwachstum zu rechtfertigen und an sonst nichts.

**Zugleich Maßstab des Sozialstaats: Hat zur Dienstbarkeit an *benutzbarer Arbeiterklasse* beizutragen.**

Wenn er die Aufgabe nicht erfüllt, wird er Schranke für Lohnsenkung und muss weg.

### III. Lehren für hierzulande

**Die absolute Verbilligung der Arbeitskraft soll für die Pleitestaaten die Leistung erbringen, die Anlage von Kapital im Lande für prospektive Interessenten wieder lohnend zu machen. Was heißt das eigentlich für die Lohnabhängigen hierzulande? Was könnten die daraus lernen?**

**Klar:** Die deutsche Wirtschaft ist in einer etwas anderen Lage, der deutsche Staat hat jede Menge billigen Kredit; sogar ein Schäuble kann sich vorstellen, dass in Dt. die eine oder andere Lohnerhöhung drin ist... Absolutes Absenken des nationalen Lohns auf Verelendungsniveau ist derzeit nicht angesagt.

**Allerdings könnte es einem als Lohnempfänger schon zu denken geben, mit welchem Argument die Frau Merkel den Pleitenationen den Kurs empfiehlt, ihre Arbeitsmärkte umzubauen und zu öffnen. Nämlich:**

Diese Staaten sollten sich an Deutschland ein Vorbild nehmen: Die haben nämlich an dieser Front alles richtig gemacht. Mit der Agenda 2010 wären hierzulande nämlich bereits genau *die* Maßnahmen ergriffen worden, die der deutschen Wirtschaft ihre Exporterfolge beschert hätten und dem deutschen Staat seinen guten Kreditstatus. Das bräuchten die Staaten da unten nur nach zu machen, dann wären sie bereits auf bestem Wege.

**Dazu 3 Punkte:**

1. **Wofür lobt die Merkel sich und die Vorgängerregierung da?**
2. **Was ist die Unwahrheit, das Verlogene daran, dass sie diesen „Weg“ den anderen Sataaten als nachzumachenden Erfolgsweg anempfiehlt.**
3. **Was teilt sie der eigenen Mannschaft mit, welchem Maßstab sich ihr Lohn verdankt?**

**Merkel gibt mit zwei Leistungen von Hartz 4 an:** Erstens hat die Absenkung des Lebensunterhalts für alle, die vom Kapital *nicht* rentabel benutzt werden, zu einer erfreulichen Entlastung der Staatshaushalte geführt. Zweitens hat diese Absenkung eine wundersam heilsame Wirkung auf das *nationale Lohnniveau* ausgeübt: Der Niedriglohnsektor wächst.

**Richtig gemacht also:** Für wen eigentlich? Für Rendite und Wachstumsrate des Kapitals, für Steueraufkommen und Kreditwürdigkeit des Landes. Dafür schon.

Für die arbeitende Bevölkerung? Von der arbeiten nun 10%-20% für ein Geld, das sie früher als Arbeitslosenunterstützung bekommen haben. Für sie besteht der Fortschritt darin, dass sie für ein Minimaleinkommen auch noch arbeiten müssen. Den Unternehmen eröffnet diese Lohndrückerei neue Geschäfte und höhere Gewinne für ihre alten. Dem Staat bringt der Fortschritt die Verwandlung von Leuten, die Steuern gekostet und Sozialkassen belastet haben, in welche, die Steuern und Sozialbeiträge zahlen. An ihrer Armut hat sich kaum etwas geändert, nur dass sie von einer für Staat und Kapital unnützen und belastenden zu einer nützlichen Armut geworden ist.

Die übrigen deutschen Arbeitnehmer sind beständig von diesem Absturz in die Niedriglohn- und Hartz-IV-Zone bedroht und entsprechend erpressbar. Auch ihre Löhne sinken über ein Jahrzehnt, während die Arbeitsanforderungen nicht wenig gesteigert wurden. Sie haben weniger von ihrer Arbeit, dafür immer mehr Arbeit pro Stunde und Tag

Das sind die guten Verhältnisse, die Europa sich zum Vorbild nehmen soll. Das sind die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit ein Land gesunde Finanzen und dadurch überhaupt eine intakte und handlungsfähige Staatsmacht hat.

**2. Soweit stimmt es:** Was Merkel den Pleitestaaten empfiehlt, folgt genau der Logik, die in Dt. mit Hartz 4 ins Werk gesetzt hat. Gelogen ist es, wen M. dies den unterlegenen Staaten als „Strategie“ empfiehlt. **Denn:** Ein *Erfolgsweg* war die Absenkung des nationalen Lohnniveaus für die deutsche Wirtschaftsmacht nicht einfach für sich. **Ihr ganzer Witz liegt in der Kapitalmacht, mit der sich deutsche Firmen diesen gesenkten Lohn zunutze machen.** Mit riesigen Kapitalvorschüssen in modernste Technologie macht das Kapital Arbeit und Lohn für sich produktiv, d.h.: Steigert mit der pro Lohnanteil gesteigerten Stückzahl die *Lohnstückkosten*. Entscheidend fürs Kapital ist gar nicht die absolute Lohnhöhe *für sich*; sondern was sich *aus ihm* mittels entsprechender Technologie an *Arbeitsleistung* herausholen lässt, also dessen *Höhe relativ dazu*, was er für das Kapital leistet.

**Weil das zusammengekommen ist: Überlegene Kapitalmacht plus Senkung des Preises der Arbeit:**

**Damit hat sich das deutsche Kapital in der Tat in die Lage versetzt, die weniger produktiven Unternehmen auswärts in Grund und Boden zu konkurrieren.**

Wenn die Merkel denen die *gleiche Strategie* als Rezept empfiehlt, dann geht sie gerade von diesem Konkurrenzenerfolg aus: Bei denen soll die absolute Senkung des nationalen Lohnes das leisten, was hiezulande die rentgale Benutzung des gesenkten Lohnes gercht hat. Was der Sache nach heißt: Macht eure Arbeiterklasse so zurecht, dass *unser* produktives Kapital in ihm eine günstiges Anwendungsfeld für seine Kapitalmacht findet. Für die Länder dient die absolute Senkung des Lohns nicht als Ergänzung, sondern als *Ersatz* für die Produktivität des Kapitals, das sie nicht haben; also als Angebot an das Kapital aus den Staaten, wo es zuhause ist. Genau das ist es, was sich fürs Wachstum auch bei reduzierten Staatsausgaben tun lässt: **Kapitalförderung, die nichts kostet = dem Kapital die Arbeit billiger machen**, damit sie mehr Profit abwirft.

Soviel ist allemal klar: An der Verzichtsbereitschaft der Arbeiter hängt es überhaupt nicht, ob aus ihrem Fleiß und ihrer Bescheidenheit ein Erfolg der Gegenseite wird. Das hängt ganz an den akkumulierten Mitteln der Kapitalseite. **Die definiert nämlich die Alternativen, die diese Wirtschaftsordnung für die Lohnabhängigen parat hat:** Vergleichsweise gut getroffen haben sie es, wenn sie in einer Nation zuhause sind, wo das Kapital so groß und potent ist, dass es aus ihrer Arbeitskraft auf wachsender Stufenleiter immer noch mehr herauschlagen kann; dann kommen sie – oder wenigstens ein Teil von ihnen - in den Genuss von Hochleistungsarbeitsplätzen, an denen sich relativ gut verdienen lässt. Auch das hat natürlich die Kehrseite, dass immer weniger Ihresgleichen benötigt wird, um diese Leistung zu erbringen. Relativ ist diese „gut verdienen“ allerdings bloß nämlich zu *dem* Elend, das angesagt ist, wenn der Lohn als Konkurrenzmittel *an die Stelle* von Kapitalgröße tritt; oder zu dem, das ansteht, wenn man aus der Zahl derer herausfällt, die das Kapital für seine Rentabilität noch brauchen kann. Und es sind noch nicht einmal Alternativen, zwischen denen man selbst wählen könnte: Wie man an Hartz 4 und Niedriglohnsektor sieht, ist nämlich der Vergleich, ob Lohnsenkung mehr absolut oder mehr relativ stattfinden soll, vom Standpunkt des *Kapitals* aus nie zuende. Das macht, wo immer es kann, immer beides. Billiglohn auswärts ist z.B. allemal ein praktisches Argument für weitere Lohnsenkungen daheim. Den Vergleich praktiziert das Kapital in Deutschland übrigens bereits: Firmen werben offensiv ausgebildete Fachkräfte aus den Pleiteländern an; auch das hat die schöne Wirkung, das geltende Lohnniveau zu untergraben.

**Erstens:** „Wachstumsförderung“ und „Sparprogramme“ sind gar kein Gegensatz; es handelt sich um zwei Alternativen staatlicher Politik. Die ist in beiden Fällen darauf aus, dass der Kapitalstandort mehr Gelderträge abwirft und dem Staat Einnahmen beschert, die dessen Kreditaufnahme rechtfertigen.

**Zweitens:** In den Maßnahmen, die die Staaten ergreifen, um ihren Haushalt produktiv wirken zu lassen, kommt der Lebensunterhalt der Massen allemal als Größe vor, die wachstumsverträglich bzw. wachstumsdienlich sein soll. Wer, wie der DGB einen „Marshallplan für Wachstum und Beschäftigung“ fordert, geht selbstverständlich davon aus, dass Leute nur halbwegs Geld zum Leben haben, wenn das Kapital Gewinne macht, und zwar kräftig. Deswegen fordert eine Gewerkschaft nicht Lohn, sondern Staatsknete für die Unterstützung der Geldrechnungen des Kapitals, damit die Firmen überhaupt Löhne zahlen können. Wenn *das* nicht von staatswegen stattfindet, weiß der DGB auch keine Hilfe für seine Mitglieder.

Drittens: Wer auf die Elendsverhältnisse in Gr, Spanien etc. blickt und meint, es deswegen hier halbwegs gut getroffen zu haben, begeht einen folgenschweren Irrtum. Wenn die *eigene* Bezahlung nur erfolgt, wenn sie als *Instrument* zum erfolgreichen Niederkonkurrieren der Wirtschaft der Südschiene taugt, dann gilt die Rechnung nämlich auch *umgekehrt*: Arbeitskraft, die anderswo billiger zu haben ist, ist ein ständig wirksamer Hebel zur Aushebelung jeder Verlässlichkeit beim Lohn, und genau so kommt sie zum Einsatz.

Man versteht also schon, warum Marx der berühmte Schlusssatz des KM eingefallen ist.